Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

GV — Gegr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis beträgt 1,50 G.-M., die Einzelnummer kostet 10 G.-Pfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10 158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg.. Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 8 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 147 — Olpe, Mittwoch, den 25. Juni 1924 — 84. Jahrg.

Unerhörte Sturmszenen im Reichstag.

Dreimalige Unterbrechung der Sitzung
Radaukonzert der Linksradikalen.
Provozierung durch die Rechtsradikalen.
Tätlichkeiten. — Stoßen und Halswürgen.

Die Schänder deutscher Ehre

Die gestrige Reichstagsitzung ist wieder der Tummelplatz der tollsten und widerlichsten für jedes anständige Gefühl direkt Ekel und Abscheu, für jedes vaterländische Empfinden aber tiefste Beschämung und Empörung hervorrufenden Szenen gewesen. Gewisse Abgeordnete gebärden sich in dem Wallothaus, dem Hause, das die stolze Inschrift trägt: „Dem deutschen Volke" als ob sie in einer Spelunke übelster Art wären, oder als ob sie sich auf einer Kirmieß befänden, wo es zum guten Tone gehört, nachdem man sich durch Fusel oder Bier den Verstand außer Kraft gesetzt hat, mal energisch Händel anzufangen oder tüchtig zu raufen. Das Weiber im politischen Kampf zu Hyänen werden, ist leider eine Tatsache, die schon die französische Revolution bewies. Frauen, wahre Frauen, die Frauenwürde kennen und besitzen, wirken veredelnd auf jede Gesellschaft, aber Frauen, denen das wirklich feine Frauenhafte fehlt, die ziehen das Niveau jeder Versammlung, wie Frau Reiter bewies, doch mächtig herab. Die Kommunisten, welche glauben ihr Ansehen durch Spektakelmachen bei ihren Anhängern am meisten nach dem alten Rezept des lautesten Schreiens zu vermehren und welche immer den wilden Mann spielen, und praktisch im reinsten Sinn des Wortes „handgreifliche" „schlagfertige" Beweise liefern vorhen den Ton immer mehr. So tieftraurig es auch ist, mit dieser Gesindelmethode haben wir uns schon abgefunden. Wir glauben, da die Kommunisten diese Radauszenen auf Befehl von Moskau ja auch in anderen, auch in ausländischen Parlamenten, wir erinnern nur an die französische Kammer ausführen, daß sie den deutschen Namen nicht beschmutzen können, da die Kommunisten nach eigenem Geständnis sich ja auch nicht als Deutsche fühlen.

Bedauerlich ist es aber, daß diejenigen, welche das Wort „National" in ihrem Firmenschild führen, zu denselben sinnlos rohen Methoden, greifen, welche die Kommunisten bisher als Privileg für sich beanspruchen konnten. Daß diese Leute, welche sich national nennen, damit den Grund geben, durch solch wiederliche Szenen im Hause der Vertreter des deutschen Volkes sich selbst, aber auch das deutsche Volk zum Gespött der ganzen Welt zu machen, ist einfach unverzeihlich. Ihr Vergehen wirkt umso schwerer, als sie doch eine gute Kinderstube meistens genossen haben, in denen solche Szenen nach dem „Guten Ton" doch als das gekennzeichnet sind, was sie wirklich sind, und da diese Leute ein reichhaltigeres Wörterbuch zur Verfügung haben, als die Kommunisten, mit dem sie doch sonst gut Bescheid wissen.

Die Nationalsozialisten haben sich hiermit als das wofür wir sie auch stets ansahen, als Rechtsbolschewisten praktisch bewiesen. Genau wie die Kommunisten legen sie planmäßig alles darauf an, sachliche Arbeit zu verhindern. Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß ein Mann, der doch die Psychologie des Parlamentes kennen müßte, wie der Abg. Roth, einst deutschnationaler Minister in Bayern, jetzt Nationalsozialist, eine Wandlung, die schon viele Deutschnationale gemacht haben, durch seinen Ton die gesamte Linke provozierte. Und gerade unter Roth, der doch Justizminister war, hat die bayerische Justiz doch Urteile gefällt, bei denen jedes gesunde Rechtsempfinden des Volkes verletzt wurde. Drakonische Strenge, ja noch mehr gegen alles, was links gerichtet zu sein im Geruche stand und Zuchthäuser aller beiden Augen, ja noch mehr Dinge, die nur als Justizkomödien allgemein bezeichnet wurden, und Anfassen mit mehr als wie mit Glacehandschuhen, wenn Rechtsleute in Frage kamen. Die Justiz aber muß parteilos, unparteiisch sein, über den Parteien stehen und alles, was Umsturz ist, ob es von Rechts oder Links kommt, muß mit demselben Maß gemessen werden und Umsturzversuche müssen in beiden Fällen bestraft werden. Amnestie müssen sehr wohl überlegt werden, da sonst ja Hochverrat und Umsturz geradezu herangezüchtet wird und das gesunde Rechtsempfinden des Volkes gewaltsam erdrosselt wird. Darin geben wir dem Vertreter des Reichsjustizministeriums voll und ganz Recht.

Noch schlimmer aber wirkt eine einseitige Amnestie. Dafür hätte auch ein früherer Justizminister Verständnis haben sollen und damit wüste Tumultszenen verhindern können. Ebenso ist die Hineinziehung Lewins in diese Ausführungen eine zur Sache gar nicht gehörende direkt nur für Provokation berechnete Sache. Wir nehmen zu dieser Angelegenheit absolut keine Stellung, aber ohne auf diesen speziellen Fall einzugehen, müssen wir doch feststellen, daß die Urteile der bayrischen Standgerichte in vielen Fällen doch sehr umstritten sind und daß dabei sehr viele Uebergriffe vorgekommen sind. Das mußte ein früherer bayrischer Justizminister wissen und wenn er auf sachliche Arbeit ging berücksichtigen und durfte nicht so wild provozieren, dann wären auch die tätlichen Szenen unterblieben, die ein Schandfleck des deutschen Reichstages sind. Die Pfuirufe des Publikums von den Tribünen gegen diese Abgeordneten, die sich schlimmer wie Schulbuben katzbalgten und gegenseitig tätlich angriffen, finden im deutschen Volke einen lebhaften Widerhall. Daß ein Deutschnationaler dafür die direkte Ursache war, ist tief beschämend. Die Interpretation des Aeltestenausschusses des Reichstages als ein Mißverständnis war vielleicht die einzige Möglichkeit beruhigendes Oel auf die sehr erhitzten Gemüter der streitenden Parteien zu gießen und die Sache für erledigt zu erklären, war wohl das einzige, um noch größere Exzesse zu verhüten. Aber erledigt darf für das deutsche Volk diese Sache nicht sein, denn die Ehre des deutschen Volkes ist entsetzlich durch diese tollen Szenen geschändet. Deutsche haben das deutsche Volk selbst geschändet. Einen entsetzlichen Einblick in die wahnsinnige Zerklüftung des deutschen Volkes tut sich bei diesem Vorkommnisse auf Schuld daran tragen alle die Hetzer, auf den radikalen Flügelparteien. Hoffentlich öffnen diese jeden Deutschen tief schmerzende widerlichen Vorkommnisse allen die Augen, welche in Verbindung den Radikalismus durch ihre Stimme wie auch durch ihre skrupellose Agitation noch stärken und gestärkt haben, denn auch diejenigen, welche Vertreter dieser Spektakelparteien gewählt haben, tragen Schuld an diesen entsetzlichen Vorkommnissen. Jetzt heißt es für alle sich zusammenzuschließen, welche noch Sinn für Anstand u. Ordnung, welche wirklich vaterländisches Gefühl haben, damit diese Elemente, die gestern im Reichstage getobt haben, unser deutsches Volk vor aller Welt nicht noch mehr in den Kot ziehen.

Dr. W

Der Sitzungsbericht.

WDB **Berlin**, 24. Juni. (Radio.)

Präsident Dr. Wallraf eröffnet die Sitzung um nachmittags 3 Uhr und verliest Dankschreiben, die von der österreichischen Regierung und dem österreichischen Nationalrat eingegangen sind und in denen dem Reichstag der Dank für die Kundgebungen anläßlich des Attentats auf den österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel ausgesprochen wird.

Abg. **Henning** (Nat. S.) hat in einem Schreiben Einspruch erhoben gegen die Art der Abstimmung über die Vertrauensfrage für die Regierung.

Vom Abg. **Thomas** (K.) ist eine Beschwerde eingegangen wegen seiner von der Hamburger Polizei vorbereiteten Verhaftung. Das Schreiben und die Beschwerde werden dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Strömer (K.) mit dem auf der Tagesordnung stehen- den komm. Antrag auf Aufhebung der Verordnung über den Ausnahmezustand einen neuen komm. Antrag zu verbinden, der die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Zeitungsverbote verlangt. Er bezeichnet diese Verordnung als einen unerhörten Schlag gegen die Freiheit der Presse. (Händeklatschen bei den Komm.)

Dieser Ergänzung der Tagesordnung wird zugestimmt.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Handelsverträge mit Litauen und Estland, die die Meistbegünstigung erstreben.

Abg. Dr. **Rosenberg** (K.) äußert sein Erstaunen, darüber, daß die bereits im Juni 23 unterzeichneten Verträge erst jetzt dem Reichstag vorgelegt werden.

Abg. Dr. **Bergsträßer** (Dem.) führt Beschwerde gegen die Behandlung der Deutschen im Memelgebiet durch die litauische Regierung.

Abg. Graf **Reventlow** (Nat.-Soz.) unterstreicht die Beschwerde. Durch den Vertrag könnte die Zuwanderung von Ostjuden weiter gefördert werden. Die Nationalsozialisten könnten diesem Antrag nicht zustimmen, weil der Vertrag nach Annahme des Sachverständigengutachtens gar nicht gehalten werden könne.

Abg. **Schulz**-Bromberg (Dn.) erklärt, seine Fraktion werde nach den Beratungen im Aeltestenrat gewiß erst im Auswärtigen Ausschuß zu dem Vertrage Stellung nehmen.

Es folgt

das deutsch-polnische Abkommen über den oberschlesischen Grenzbezirk.

Abg. **Jaddasch** (K.) protestiert gegen das Abkommen, das den arbeiterfeindlichen Genfer Vertrag durchführen solle.

Der Vertrag wird ohne weitere Aussprache in 1. und 2. Beratung **angenommen**.

Die sofortige Vornahme der 3. Beratung scheitert an dem Widerspruch des Abg. Wulle (Dn.)

Ein nationalsozialistischer Antrag auf Aufhebung des Disziplinarstrafverfahrens gegen den Abg. Frick wird ohne Aussprache dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Zur gemeinsamen Beratung kommen hierauf die **Anträge auf Freilassung der politischen Gefangenen, auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung und der Gesetzentwurf über Straffreiheit für politische Straftaten.**

Abg. **Gräf**-Thüringen (Dn.) ist für Ausschußberatung und verlangt **vollkommene Amnestie aller Teilnehmer des Kapputsches** vor allem von Pabst, von **Lüttwitz und Jagow.**

Abg. **Sänger** (K.) erklärt, daß die Rechte sich nicht über mangelndes Entgegenkommen der deutschen, sondern der bayrischen Justiz beklage. Die bayrische Volksjustiz hätte sich in politischen Prozessen unerhörte Rechtsbrüche geleistet. **Fechenbach** dürfe nicht länger im Zuchthause bleiben. Unerhört seien die eingeleiteten Hochverratsverfahren. Andererseits werde **nichts gegen Ludendorff und von Kahr**, der gewohnheitsmäßig die Reichsgesetze verletzt hat, **unternommen.** Redner führt als Beispiel verschiedene bayrische Urteile gegen Sozialdemokraten und Kommunisten an. **Solange ein Ludendorff im Reichstag sitzt, darf kein Teilnehmer an der bayrischen Rätebewegung im Gefängnis schmachten.** (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Fehrenbach** (Z.) bemerkt, seine Freunde behielten sich ihre Stellungnahme zu den einzelnen Anträgen für die Ausschußberatung vor.

Abg. **Scholem** (K.) meint, es sei eine Schande der politischen Gefangenen, wenn man diesen Reichstag um Milde für die Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz bitten wollte. Wir wollen die Beseitigung des **preußischen** Justizterrors. Durch die Verordnung des Sozialdemokraten Ebert wurden die Sondergerichte eingesetzt, die die ungerechten und barbarischen Urteile gegen die proletarischen Klassengenossen gefällt haben.

Abg. **Roth** (Nat.-Soz.) begrüßt den Antrag seiner Fraktion auf Amnestie der wegen des Kappputsches Verurteilten. Der Abg. Sommer hat den Namen **Ludendorff** in den Mund genommen und von § 51 gesprochen. **Für eine Amnestie der an der Räteregierung Beteiligten bedanken wir uns bestens.**

Starke Tumultszenen.

(Drohend erhobene Fäuste dringen auf den Redner ein. Die Kommunisten rufen: Herunter mit dem Mann, er hat Lump zu Lewin gesagt. Einige Kommunisten werfen mit den Heften nach dem Redner. Abg. Frau Reiterer (K). ruft: Er darf nicht weiter reden.

Vizepräsident Dr. **Risse** versucht vergeblich die Lärmenden zu beschwichtigen. Er erklärt, daß man **früher gehofft habe, die Anwesenheit von Frauen im Parlament würde die parlamentarischen Sitten verbessern. Das scheine leider nicht der Fall zu sein.** Abg. Roth. bestreitet, den Ausdruck Lump gebraucht zu haben. Er könne also nicht zur Ordnung gerufen werden.

Als Abg. Roth seine Rede fortsetzen will, **erneuert sich der Lärm bei den Kommunisten.** Sie rufen: **Wir lassen ihn nicht weiter reden.** Vizepr. Risser **ruft einige Abg. zur Ordnung, während die Kommunisten und die Nationalsozialisten sich von den Tribünen Beschimpfungen entgegenrufen.)**

Die Sitzung wird auf 10 Minuten unterbrochen.

Nach der Wiedereröffnung

erklärt Abg. **Eichhorn** (K.): **Die rohen Beschimpfungen des Märtyrers Lewin** durch den ehemaligen bayrischen Justizminister Roth rechtfertigen die Entrüstung meiner Freunde und würden es rechtfertigen, wenn wir Roth nicht weiter reden lassen würden. Aber mit Rücksicht auf die 10 000 politischen Gefangenen wollen wir Herrn Roth mit seinen Gesinnungsgenossen allein lassen. (Vizepr. Risser ruft den Redner zur Ordnung. **Die Kommunisten verfassen unter höhnischen Zurufen der Nationalsozialisten den Saal.)**

Abg. **Roth** setzt seine Rede fort und führt aus: Daß von rohen Beschimpfungen keine Rede sein könne. **Lewin sei durch ein Standgericht ordnungsmäßig verurteilt** worden.

Abg. **Rosenfeld** (Soz.) **springt bei diesen Worten erregt die Rednertribüne hinauf und ruft dem Redner zu: Ich protestiere gegen diese Fälschung. Lewin ist nicht ordnungsmäßig verurteilt worden, es war ein Justizmord. Im Saale kommt es wieder zu erregten Szenen.**

Sozialdemokraten und Abgeordnete der Rechten rufen sich Beschimpfungen zu. Abg. Rosenfeld Soz. ruft dem Abg. Roth zu: Sie sollten sich schämen! Vizepr. Risser ruft den Abg. Rosenfeld zur Ordnung.)

Inzwischen hat sich im Saal

der Streit zwischen der Rechten und den Sozialdemokraten verschärft.

Vor dem Tisch des Hauses stoßen die Gruppen in dichten Haufen aufeinander. Der soz. Abg. Eckersledt-Kiel wird dabei von dem deutschn. Abg. Lawerenz gestoßen. Nun stürzen verschiedene soz. Abg. auf Lawerenz und seine Freunde ein. Der soz. Abg. Simon würgt dabei den Abg. an der Kehle. In dem ungeheuren Lärm sind die einzelnen Schmährufe nicht zu verstehen. Von dem Publikum auf den Tribünen werden Pfuirufe gegen die Abgeordneten laut.

Risser unterbricht die Sitzung um 7 Uhr wiederum um eine halbe Stunde.

Kurz vor 8 Uhr eröffnet Vizepräsident Dr. Risse

die dritte Sitzung.

Er teilt mit, daß der **Aeltestenrat zu dem Urteil** gekommen sei, daß **einzelne Abwehrbewegungen eines Abgeordneten (des deutschnationalen Abg. Lawerenz) den Glauben aufkommen ließen, daß es sich um einen Angriff handele.** Es handele sich um ein

Mißverständnis (!!!!)

Die Angelegenheit sei von selbst erledigt (Nachdem bei der Katzbalgerei wohl beide Parteien genügend Püffe, Knüpfe und Stöße auch vielleicht Dresche wie man aus allem sieht, erhalten hatten. Die Redaktion.) **Lärm bei den Kommunisten!**

Der Wunsch des Aeltestenrates.

Der Aeltestenrat gebe dem **lebhaften Wunsche Ausdruck, daß solche Szenen sich nicht wiederholen möchten.** (Dem schließt sich das gesamte deutsche Volk, das noch etwas auf seine Ehre gibt. voll en. Wir fürchten nur, daß dies ein frommer Wunsch ist, der bei der Geistesverfassung der Rechts- und Linksradikalen wohl leider nicht in Erfüllung geht. Die Redaktion.)

Abg. Roth (Nationalsozialist, sucht in der Fortsetzung seiner Rede die **Veranstaltung von Regimentsfeiern und von „deutschen Tagen** zu rechtfertigen.

Staatssekretenr **Joe** (vom Reichsjustizministerium **widerspricht einer allgemeinen Amnestie, da sie im Volke den Glauben an die Rechtsprechung löse. Der Wiederaufnahme von Strafverfahren stehe nichts im Wege.**

Abg. **Rosefeld** erinnert an den **heutigen Todestag Walter Rathenaus und wirft der Rechten Urheberschaft an diesem Mord vor. Lewin sei als tapferer Mann in den Tot gegangen.** (Kommunisten Zuruf: **„Er ist nicht so ein Feigling wie Ludendorff. Darauf erfolgt ein Ordnungsruf.**

Abg. **Roth** sagt in einer persönlichen Bemerkung die Behauptung Rosefelds, er habe sich vor der Front gedrückt, sei eine **unverschämte Lüge.** Roth wird zur **Ordnung gerufen.**

Frau **Reiter** (Kommunist) ruft: **„Schuft und Lump!"** Sie erhält **zwei Ordnungsrufe.**

Sämtliche Anträge werden dem Ausschuß überwiesen.

Der Reichstag vertagt sich nach 9 Uhr auf morgen Nachmittag 2 Uhr. Tagesordnung: Beamtenfragen.)

Der Ältestenrat des Reichstages.

WDB **Berlin**, 24. Juni. (Radio.)

Der Aeltestenrat des Reichstages beschäftigte sich heute vor der Vollversammlung mit der Verteilung des Arbeitsstoffes, den der Reichstag in dieser Woche in Beratung nehmen wird. Wann der Reichstag dann seine Sitzungen wieder aufnehmen wird, hängt davon ab, wann die Reichsregierung die Gesetze zu dem Sachverständigengutachten vorlegen kann.

Aufhebung der kommunistischen Zentrale im bayrischen Landtage.

WTB **München**, 24. Juni. (Drahtb.) **Die Durchsuchung der kommunistischen Landtagsfraktion erfolgte durch die Polizei,** nachdem der Landtagspräsident seine Zustimmung dazu gegeben hatte. **Die polizeiliche Untersuchung förderte soviel Material zu Tage, daß die Sichtung einige Tage beanspruchen wird. Die Zahl der Verhafteten beträgt 7.**

Die kommunistische Partei hatte ihre Agitationszentrale nach dem Verbot der kommunistischen Partei in das Fraktionszimmer der kommunistischen Partei im Landtage verlegt.

Die fünfte Niederlage Mac Donalds.

WTB **London**, 24. Juni. (Drahtb.) Die Regierung erlitt gestern abend im Unterhause in der Geschäftsordnung bezüglich der **Wohnungsvorlage** eine Niederlage. Die Unionisten stimmten gemeinsam mit den Liberalen dafür, daß die Vorlage nicht an den Geschäftsausschuß verwiesen wird. Das liberale Mitglied Masterman beantragte, daß die Vorlage von dem Ausschuß des gesamten Hauses behandelt werde. Bei der Abstimmung stimmten für den liberalen Antrag 315 Mitglieder, dagegen 175. Die Regierung blieb daher mit 140 Stimmen in der Minderheit. Die Blätter heben hervor, daß **dies die fünfte Niederlage** der Regierung Macdonalds sei, und zwar **die schwerste, die irgend eine Regierung in den letzten Jahren erlitten habe.**

Herriot in Brüssel.

Die Ankunft in der belgischen Hauptstadt.

!! **Paris**, 24. Juni. (Drahtb.) Herriot, der gestern früh um 8,55 Uhr aus London abreiste, ist am Nachmittage um 5,45 Uhr über Ostende in Brüssel eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhofe von dem Ministerpräsidenten Theunis, dem Außenminister Hymans und dem Bürgermeister von Brüssel sowie einer Reihe von Senatoren und Abgeordneten empfangen. Die Menge brachte Herriot eine begeisterte Ovation dar.

Herriot begab sich sofort auf das französische Gesandtschaftsgebäude.

Der Empfang in Brüssel.

() **Brüssel**, 24. Juni. (Drahtb.) Die Independance Belge schreibt zum Empfang Herriots auf dem Bahnhof folgendes:

Am Ausgang des Bahnhofes mußten die französischen und belgischen Minister sich einen Augenblick aufhalten, weil die Ansammlung der Masse eine derartige war, daß ein Vorwärtsgehen nicht möglich erschien. Der Platz vor dem Bahnhof war durch dichte Menschenmengen angefüllt, so daß es unmöglich war, mit dem französischen Ministerpräsidenten vorwärts zu kommen. Enthusiastische Rufe wurden laut: „Es lebe Herriot, es lebe Frankreich!" Der französische Ministerpräsident rief mit starker Stimme: „Es lebe Belgien!" Diese Kundgebung rief eine wahre Ovation seitens der angesammelten Menge hervor. Wir wünschen, so schreibt das Blatt, daß Herriot diesen begeisterten Empfang dauernd im Gedächtnis behalten möge.

Eine Botschaft Herriots an das belgische Volk.

Kurz nach seiner Ankunft in Belgien richtete Herriot eine Botschaft an das belgische Volk, die folgenden Wortlaut hat:

„Ich bin glücklich, in meiner Eigenschaft als Vertreter des französischen Volkes nach Belgien gekommen zu sein, um der belgischen Regierung erneut die enge Freundschaft und Treue des französischen Volkes Belgien gegenüber beweisen zu können. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, daß der Zweck meines heutigen Besuches der ist, meine belgischen Kollegen auf dem Laufenden über die Unterredung, die ich am Samstag und gestern in London mit Macdonald gehabt habe, zu halten."

Der Empfang Herriots beim König.

Um sieben Uhr abends wurde der französische Ministerpräsident vom belgischen König empfangen. In seiner Begleitung befand sich der französische Gesandte in Brüssel Herbette.

Macdonald über seine Besprechungen mit Herriot.

WTB **London**, 24. Juni. (Drahtb.) Unterhaus. Macdonald erklärte in Beantwortung einer Anfrage Baldwins bezüglich der **Unterredungen mit Herriot, der Zweck der Zusammenkunft mit Herriot sei gewesen, die notwendigen technischen Vorkehrungen zu erörtern, die getroffen werden müßten, um den Dawesbericht in Wirksamkeit zu setzen.** Weiter habe die Zusammenkunft bezweckt, **gewisse Fragen zu erörtern in denen ein Zusammenwirken zwischen Frankreich und England wünschenswert erscheine**, um die Sicherheit des Friedens in Europa zu fördern. Dies dürfe **nicht** dahin ausgelegt werden, daß die Absicht bestehe, **irgend welche ausschließlichen Vereinbarungen zwischen den beiden Mächten zu treffen.** Ueber die Erörterungen würden die Ministerpräsidenten Italiens und Belgiens unterrichtet werden. Herriot habe Wert darauf gelegt, daß keine Entschließung gefaßt und unterbreitet werden solle. Die Unterredung sei

die Einleitung zu einer interalliierten Konferenz gewesen, die wahrscheinlich am 16. Juli in London zusammentrete.

Auf eine Zwischenfrage gab Macdonald die bereits gemeldete Erklärung über die **Einladung Amerikas und die etwaige Beteiligung Deutschlands** ab. Er fügte hinzu, es würde Aufgabe der interalliierten Konferenz sein, sich mit dem Dawesbericht zu befassen. Sobald die gesamte Maschinerie vereinbart sei, um den Dawesbericht in Wirksamkeit zu setzen und er in aktiver Wirksamkeit sei, werde man die anderen zwischen England und Frankreich schwebenden Fragen einschließlich der interalliierten Schulden erörtern können und hoffentlich auch in Ordnung bringen. Es werde jedoch

keine Verquickung der Frage der interalliierten Schulden mit der Durchführung des Dawesberichts

stattfinden. Nachdem Macdonald mitgeteilt hatte, daß auch die **Frage der Anteile der Alliierten an den deutschen Wiederherstellungszahlungen auf der Konferenz nicht wieder aufgeworfen werden solle**, erinnerte Mac Neill an den kürzlichen Briefwechsel mit Kanada über den Lausanner Vertrag. Er fragte, ob die Dominions ersucht werden würden, an dieser Konferenz teilzunehmen. Macdonald erwiderte, nachdem er mit dem Kolonialminister Thomas einige Worte gewechselt hatte, die Regierung stehe augenblicklich in einem Gedankenaustausch mit den Dominions. Ohne daß er über Einzelheiten dessen, was unternommen werden solle, verpflichtende Erklärungen abgeben wolle, könne er sagen, daß die Dominions eingehend zu Rate gezogen werden sollten, damit sie empfänden, daß sie in allem, was England tue, seine Teilnehmer seien. Macdonald fügte hinzu ein Punkt, den ich gern klarstellen möchte, ist der, daß wir bei der Regelung der Fragen zur Durchführung des Dawesberichts sicher keine Verantwortung übernehmen werden, durch die entweder England oder die Dominions eine finanzielle Einbuße erleiden würden.

Die internationale Waffenkontrolle über Deutschland.

Eine dringende Note der Entente an Deutschland.

WTB **Paris**, 24. Juni. Der Sonderberichterstatter der Havasagentur, der den Ministerpräsidenten **Herriot** auf seiner Reise begleitet, glaubt in der Lage zu sein, mitzuteilen, daß außer den durch das Communique von Chequers bekannt gegebenen Beschlüssen Ramsay Macdonald und Herriot eine wichtige Entscheidung getroffen haben, die Deutschland unverzüglich den Beweis liefere, daß eine **Gemeinsamkeit** der Ansichten zwischen der englischen und der französischen Regierung besteht. Die Ministerpräsidenten hätten den Wortlaut einer **Kollektivnote** festgelegt, **die unverzüglich** an die deutsche Regierung abgehen werde. Diese Note lenke in feierlicher Weise die Aufmerksamkeit der **deutschen Regierung** auf das Interesse, das sie jetzt habe, **materielle Beweise** ihres guten Willens zu geben, wenn sie wünsche, daß normale Beziehungen zwischen Deutschland und den verbündeten Mächten wiederhergestellt werden sollen. Insbesondere müsse die deutsche Regierung vor dem 30. Juni auf die letzte Entwaffnungsnote der Botschafterkonferenz antworten. Die von der beiden Ministerpräsidenten vorgeschlagene Note werde in dringender Weise die Notwendigkeit unterstreichen, die Deutschland habe, unverzüglich **in der vitalen Frage der Entwaffnung** die erforderlichen Beruhigungen zu geben.

Der Inhalt der neuen Note.

WTB **Paris**, 24. Juni. Ueber den Inhalt der an die deutsche Regierung gerichteten Note, über die bereits gestern abend berichtet wurde, meldet der Sonderberichterstatter des Matin:

Macdonald, der beständig an die Gefahr denke, der der Friede Europas durch die deutsche Bewaffnung ausgesetzt sein könnte, beunruhigte sich, daß ein Teil der öffentlichen Meinung auf Grund falscher Berichte weniger entschlossen in dieser Angelegenheit denken könne, als die französische Regierung. Er habe deshalb den Vorschlag gemacht, durch eine Kundgebung Berlin wissen zu lassen, welche Absichten er und Herriot hätten. Herriot habe deshalb die Absendung einer Kollektivnote vorgeschlagen. Diese Note sei gestern abend von Brüssel abgegangen. Sie werde nicht veröffentlicht werden, denn sie habe nicht den Wert eines diplomatischen Schriftstückes, da sie dem Reichsminister Dr. Stresemann nichts sage, was ihm nicht schon bekannt sei. Nach dem Petit Parisien soll die Note doch, und zwar morgen oder übermorgen (Mittwoch oder Donnerstag) veröffentlicht werden.

Der Reichskanzler zu den falschen Alarmgerüchten

WTB **Berlin**, 24. Juni. (Drahtb.) Der Reichskanzler gewährte dem Berliner Vertreter des Reuterbüros eine Unterredung, in der er zu den in den letzten Tagen in französischen und englischen Blättern erschienenen **Alarmnachrichten über angebliche deutsche Rüstungen erklärte, es sei nicht möglich, allen diesen Tendenzmeldungen** entgegenzutreten. Er erinnerte den Berichterstatter an das amtliche Dementi gegen die vom Pariser Journal gebrachte Nachricht über einen **geplanten Ueberfall auf die Besatzungstruppen im Ruhrgebiet** und wies darauf hin, daß nach dem Dementi von einem Mitarbeiter des Daily Telegraph es sich bei dem Bericht des Journal um **die Arbeit eines übereifrigen Agenten handle.** Nach der Versicherung des Daily Telegraph hätten weder die französische noch die englische Regierung dem Alarmbericht Glauben geschenkt. Niemand aber bürge dafür, **daß nicht andere Alarmberichte**, besonders solche

über angebliche geheime deutsche Rüstungen, die mit sehr genau geltenden Zahlen versehen werden, Glauben finden. Die fraglichen Zahlen sollen aus einem ganz sachlich gehaltenen Aufsatz einer englischen Fachzeitung kommen, der zu dem Ergebnis kommt, daß im großen Ganzen **die deutsche Entwaffnung durchgeführt und Deutschland außerstande ist, auch nur einen Defensivkrieg mit Aussicht auf Erfolg zu führen.** Die französische Presse enthält Bruchstücke, die so ausgelegt sind, daß sie jeden gegenteiligen Eindruck erwecken. Der Reichskanzler befaßte sich dann mit den Erklärungen, die kürzlich von dem jetzigen französischen Kriegsminister **Nollet** abgegeben worden seien. Der Reichskanzler wies mit Nachdruck darauf hin, daß in einem großen Staat mit starken innerpolitischen Gegensätzen neben einem Heer von 100 000 Mann für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, sowie für die Erledigung der administrativen polizeilichen Aufgaben ein Polizeikörper von insgesamt 150 000 Mann als Minimum erforderlich sei. Eine Gefahr für Frankreich bedeute dieser Verwaltungskörper schon deshalb nicht, weil die Polizei für militärische Zwecke garnicht abkömmlich sei und mit der Reichswehr nicht die leiseste Verbindung habe. Daß im übrigen die **deutsche Industrie wirklich restlos auf die Friedensproduktion umgestellt sei,** müßten General Nollets Offiziere selbst am besten wissen.

Geßlers Antwort auf die Beschuldigungen der Reichswehr.

() **Berlin**, 23. Juni. Einige Berliner Blätter teilen folgende Stellen aus einer Unterredung mit, die der Reichswehrminister **Geßler** mit einem **Vertreter der Hearstpresse** gestern gehabt hat.

Mit Beginn der Regierungskrise und Zurückdrängung der Rechtsparteien hat in **Frankreich ein systematischer Pressefeldzug** eingesetzt, dessen deutlich erkennbare Ziele auf der Hand liegen. Es gilt erneut, die Weltmeinung in der Frage angeblicher deutschen Rüstungen zu vergiften. Von dem „Matin" und der „Daily Mail" in Szene gesetzt, von allen französischen Zeitungen gierig aufgegriffen und auch in der englischen Presse mehr oder minder kritiklos wiedergegeben, sind eine Fülle von Nachrichten, Artikeln und Telegrammen erschienen. Sie tragen Ueberschriften wie „Deutschlands militärische Wiedergeburt", „Ausbildung der jungen Jahresklassen", „Das Krümpersystem — die Mobilmachung ist fertig". Schließlich versteigt sich der „Matin" zu der Behauptung: "Deutschland ist also moralisch und materiell für eine sofortige Mobilmachung bereit." Derartige plötzlich lawinenartig anschwellende Meldungen sollen in der Welt den Anschein erwecken, als ob plötzlich und gegen Deutschlands wahre Lebensinteressen ein fieberhafter Rüstungswahnsinn in Deutschland eingesetzt hätte, und das zu einer Zeit, wo Deutschland ebenso wie alle anderen am wahren Frieden interessierte Mächte für die endgültige Durchführung der brennenden Wirtschaftsfragen eine ruhige und unvergiftete Atmosphäre benötige. **Alle diese Nachrichten entbehren natürlich jeder Grundlage.**

Deutschland hat abgerüstet.

Es fehlt ihm jede materielle Möglichkeit, um Krieg zu führen. Frankreich hat ein Heer von mehr als 700 000 Mann. Deutschland ein solches von nur 100 000 Mann. Frankreich hat schwere Artillerie, Tanks, Tausende von Fliegern, Deutschland hat keinerlei solche Waffen, ohne die ein Krieg überhaupt nicht geführt werden kann. Es wäre für die so wichtigen Entscheidungen der nächsten Wochen überaus schädlich, wenn dieser **Hetzfeldzug**, der zugestandenermaßen die Besprechungen Herriots und Macdonalds in Chequers beeinflussen soll, von Erfolg gekrönt wäre und wenn die Atmosphäre der kommenden Verhandlungen unter der Wirkung dieses Giftes stünde.

Poincaré kann nicht aus seiner Haut

() **Paris**, 23. Juni. Poincare hat gestern in Verdun aus Anlaß einer Feier zur Erinnerung an das blutige Ringen um die stärkste Festung Frankreichs eine Rede gehalten mit ebenso eindeutigen wie **scharfen Ausfällen gegen seine Nachfolger**, die er als Leute bezeichnete, **„die aus Verblendung oder aus Mangel an Mut versuchten, einen Schleier über die Vergangenheit zu werfen und das französische Volk in die Arme seiner ehemaligen Feinde zu treiben".** Wenn Deutschland seine Verpflichtungen gehalten und die angerichteten Schäden wieder gutgemacht haben würde, dann wäre auch für Poincare dies ein Anlaß gewesen, „die Gefühle zum Schweigen zu bringen und ohne Haß und Ranküne wieder normale Beziehungen zu Deutschland anzuknüpfen". **Davon könne aber nicht die Rede sein.** In längeren Ausführungen, die dem Versuch galten, **das Ruhrabenteuer zu rechtfertigen**, zeigte Poincare, daß es ihm, wo es seinen Zwecken dient, **auch auf grobe Entstellungen der Wahrheit nicht ankommt.** Er, gegen dessen Regierung der neue Ministerpräsident Frankreichs erst vor wenigen Tagen von der Tribüne des Parlaments herab die Anklage erhoben hat, daß sie aus Gefälligkeit für die ihr nahestehende Schwerindustrie die deutschen Sachleistungen sabotiert habe, dreht den Spieß um mit der vorlegenen Behauptung, Deutschland habe die in den Rathenauverträgen eingegangenen Verpflichtungen nicht gehalten!

In weiterem Verlaufe seiner Darlegungen führte Poincare aus: Nicht durch Lächeln werden wir Deutschland dazu bestimmen können, seine Schulden zu bezahlen. Wenn wir im Januar 1922 ins Ruhrgebiet gegangen sind, das wird, so hoffe ich, niemand vergessen haben, daß dies erst nach Beweisen langer Geduld geschehen ist.

Poincare kommt zu folgenden

Schlußfolgerungen:

Die **Sachverständigen** haben verkündet, daß Deutschland nicht bezahlen wolle, obwohl es bezahlen könnte möge man es anerkennen oder nicht. Sie haben also die Politik, die wir verfolgt haben, vollkommen für richtig befunden. Wenn Deutschland morgen gutwillig oder böswillig den Schlußfolgerungen der Sachverständigen nachgibt, dann danken wir dieses Resultat der Ruhrbesetzung. Wir hatten seinerzeit genau dargelegt, daß wir aus dem Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen herausgehen würden. Wenn wir schneller räumen würden, dann wäre dies in unseren Augen eine ernste Unvorsichtigkeit. Deutschland würde hierin nur den Akt der Schwäche sehen, und bald würden wir entdecken, daß es sich mehr als je gegen die Gesetze des Friedensvertrages auflehnen würde.

Die Berliner Besprechungen.

Aus Berlin wird uns von unserem besonderem Vertreter mitgeteilt:

Die Besprechungen, die der von Paris nach Berlin zur informatorischen Unterrichtung der Reichsregierung eingetroffene deutsche Botschafter in Paris, Herr von **Hoesch**, pflog, sind von einer ganz außerordentlichen Bedeutung. In den Unterredungen mit dem Außenminister Dr. **Stresemann** nahm Herr v. Hoesch Gelegenheit, den deutschen Reichsminister des Auswärtigen über die Auffassung zu unterrichten, die der neue französische Ministerpräsident Herriot hinsichtlich der Regelung der künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich hat. Hoesch konnte sich dabei auf die persönlichen Unterredungen stützen, die er mit Herriot selber nach Uebernahme seiner Präsidentschaft herbeigeführt hatte.

Nach diesem Bericht scheint in der Tat die Umkehr von den bisherigen Gewaltmethoden eines Poincare eine vollkommene zu sein. Herriot hat Deutschland die **volle Gleichberechtigung** für die Verhandlungen zur Regelung der Reparationsfrage durchaus zugestanden. Er hat weiter zum Ausdruck gebracht, daß mit der Ausführung des Sachverständigengutachtens und zwar in dem Augenblick, in dem die in diesem Gutachten geforderten Pfänder den Alliierten übergeben seien, vollständige militärische Räumung des Ruhrgebiets erfolgen müsse. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß in **spätestens einem halben Jahr** diese Räumung vollzogen sein kann. Die Informationen haben weiter ergeben, daß die gegenwärtige französische Regierung auf dem Standpunkt steht, daß die Ausführung des Sachverständigengutachtens mit dem Zeitpunkt des **Inkrafttretens** des Dawesgutachtens angesehen werde. Dieses Inkrafttreten werde dann gegeben sein, wenn Deutschland die gesetzgeberischen Folgerungen aus diesem Gutachten gezogen haben werde und wenn die Ratifizierung auch auf der Gegenseite sich vollzogen habe. Mit diesem Augenblick würde die Verwaltung der Pfänder in Wirksamkeit treten und damit würde auch das ganze Gutachten als solches effektiv in Kraft gesetzt gelten. In diesem Augenblick, mit dessen Eintreten also, wie bereits erwähnt, in etwa sechs Monaten zu rechnen wäre, würde dann die militärische Räumung vorgenommen, außerdem naturgemäß die sofortige **Wiederherstellung der deutschen Verwaltungshoheit** in den besetzten Gebieten Platz greifen, ferner die **Aufhebung der Zollgrenze** vollzogen und die **vollständige Wiederkehr der Ausgewiesenen und der Gefangenen** in die Wege geleitet werden.

Ein sehr schwieriger Punkt ist nun noch die **Frage der Militärkontrolle.** Das Reichskabinett hat in der Angelegenheit entgegen anderen Pressemeldungen noch keine endgültige Stellung genommen. Diese wird voraussichtlich erst in den nächsten Tagen erfolgen. Indessen kann jetzt schon angenommen werden, daß die Reichsregierung, genötigt durch die Zwangslage, in der sie sich befindet, der Forderung einer abermaligen militärischen Kontrolle sich nicht widersetzt, aber hinsichtlich der Form ihrer Durchführung zur Vermeidung von Schwierigkeiten und Zusammenstößen besondere Vorbehalte macht. An der Zustimmung zu der Militärkontrolle dürften wir, selbst nach dem Urteil der führenden militärischen Stellen nicht vorbei kommen. Auch der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Hoesch, hat in seinen jetzigen Unterredungen mit dem Reichsaußenminister die Zustimmung empfohlen unter Hinweis darauf, daß nur damit Herriot sich innenpolitisch eine stärkere Basis verschaffen und die Zustimmung weiterer Schichten der französischen Bevölkerung zu den in Aussicht gestellten Zugeständnissen erhalten werde. Die deutsche Reichsregierung geht bei ihrer Stellungnahme von der Erwägung aus, daß diese neue geforderte Militärkontrolle allerdings völlig zwecklos, aber auch unwirksam sei, weil irgendwie nennenswerte Waffen- und Munitionsbestände keineswegs versteckt gehalten werden. Sie geht weiter von dem Gedanken aus, daß diese Militärkontrolle die letzte sein müsse und daß im Hinblick auf die großen, jetzt zur Entscheidung stehenden Fragen dieses Zugeständnis gewissermaßen an das Sicherheitsgefühl Frankreichs machen kann. Die deutsche Reichsregierung ist sich dabei ihres guten Gewissens bezüglich des Ergebnisses dieser neuen Kontrolle vollkommen sicher.

Amtliche Mitteilungen über die große Konferenz der Alliierten, die am **16. Juli in London** stattfinden soll, sind noch nicht erfolgt. Immerhin ergibt sich aus anderen, der Regierung gewordenen Mitteilungen, daß neben den vier alliierten Mächten: England, Frankreich, Italien und Belgien jedenfalls auch ein amerikanischer Teilnehmer zugegen sein wird und zwar erwartet man, daß General Dawes selber eine an ihn ergehende Berufung nicht ablehnen werde. Weiterhin ist beabsichtigt, auch Deutschland hinzuzuziehen, so zwar, daß deutschen Vertretern Gelegenheit gegeben werde, sich zu den Einzelheiten des Sachverständigengutachtens wie zu den von ihm berührten Fragen des Friedensvertrages zu äußern. Insbesondere hält man die Hinzuziehung von deutschen Vertretern für notwendig im Hinblick auf die Notwendigkeit der Ablösung der Micumverträge, wie überhaupt auf alle Fragen, die die deutsch-französischen wirtschaftlichen Beziehungen betreffen. Aus englischen Quellen verlautet, daß, falls Deutschland die Militärnote annehme, Deutschland als vollberechtigter Verhandlungspartner zu der Londoner Konferenz eingeladen werden soll, falls die anderen Mächte keine Einwendungen erheben.

Nach weiteren Informationen aus Frankreich soll Herriot in der Frage der Eisenbahn dem englischen Ministerpräsidenten gegenüber erklärt haben, daß die von Poincare seinerzeit erhobene Forderung der besonderen militärischen Kontrolle der linksrheinischen Eisenbahnen auch nach ihrer Freigabe aus der Regie nicht aufgenommen werde.

Die Reparationsverhandlungen.

Von seiten der deutschen Reichsregierung sind bei den Kabinetten der Ententemächte in den letzten Tagen verschiedene Schritte unternommen worden, um, nachdem der Reichstag durch seine Entscheidung aus Anlaß der Regierungserklärung das Sachverständigen-Gutachten angenommen hat, die Reparationsverhandlungen nun in Fluß zu bringen. Offizielle Antworten sind der Reichsregierung nicht zugegangen. Man hat aber zu erkennen gegeben, daß zunächst die innerpolitische Beordnung in den Ländern der Entente — es handelt sich vor allem also um die Regelung der inneren französischen Verhältnisse — zu Ende geführt sei. Nach dem, was nunmehr geschehen ist, werden jetzt die Besprechungen der alliierten Ministerpräsidenten aufgenommen werden, und deren Ergebnis wird dann die Grundlage für die weiteren Reparationsverhandlungen sein. Nach Lage der Dinge darf man nun aber nicht erwarten, daß sich die Weiterentwicklung sehr rasch vollziehen, wahrscheinlich werden noch Wochen, ja vielleicht Monate vor einer völligen Klärung in dieser Frage hinweggehen. Das ist ungemein bedauerlich, gerade im Interesse des wirtschaftlichen Interessen in Deutschland, aber eine unmittelbare Einwirkung unsererseits auf den Gang der Dinge steht uns nicht zu.

Die englische Einziehung der Reparationen.

WTB **London**, 23. Juni. Im Unterhause wurde an den Schatzkanzler die Frage gerichtet, ob die Abmachung betreffend die Einziehung der Reparationen, die am 15. Juni zu Ende ging, weiter in Kraft bleiben würde. Schatzkanzler Snowden erwiderte, die britische Regierung vereinbarte mit der deutschen Regierung die bestehenden Abmachungen, wodurch die Abgabe gemäß der Reparations-Recovery-Akte auf 5 Prozent festgesetzt wird bis die Anempfehlungen des Sachverständigenausschusses in Kraft seien. Die entsprechenden Bestimmungen seien deutscherseits in gleicher Weise verlängert worden. Lord Greame fragte, ob dieses bedeute, daß keine zeitliche Grenze für diese weiteren Abmachungen sich als unmöglich erweisen würden. Snowden erwiderte, die bestehende Abmachung bleibe in Gültigkeit, bis die Anempfehlungen des Sachverständigenausschusses in Kraft seien. Die entsprechenden Bestimmungen seien deutscherseits in gleicher Weise verlängert worden. Lord Greame fragte, ob dieses bedeute, daß keine zeitliche Grenze für diese weiteren Abmachungen gesetzt sei und ob der Schatzkanzler angenommen habe, was niemand anzunehmen wünsche, daß die Durchführung der erwähnten Anempfehlungen sich als unmöglich erweisen würden. Snowden erwiderte, die bestehende Abmachung bleibe in Gültigkeit, bis die Anempfehlungen des Sachverständigenausschusses in Kraft gesetzt seien. Lord Greame erklärte diese Erwiderung für unbestimmt.

Preußischer Landtag.

WDZ **Berlin**, 24. Juni. (Radio.)

Das Haus verlagt zunächst in 3 Fällen die Strafverfolgung von Abgeordneten und nimmt den Entwurf über die Ernennung von stellvertretenden Mitgliedern des Disziplinargerichtshofes für richterliche Beamten in erster und zweiter Beratung an, es verabschiedet sodann die Vorlage über Aenderung von Stiftungen, wonach mit Rücksicht auf die Geldentwertung bestimmt wird, daß Stiftungen durch Beschluß ihrer Vorstände mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden zusammengelegt, aufgehoben oder in ihrem Zweck geändert werden können.

Das Haus setzt die Aussprache über die Kreditnot der Landwirtschaft fort.

Beamtenfrage im Haushaltsausschuß des Reichstages.

WTB **Berlin**, 244. Juni. Nachdem im Haushaltsausschuß des Reichstages der Reichskanzler erklärt hatte, die Regierung wünsche vor allem freie Hand zu bekommen zur Fertigstellung der Gesetzentwürfe, die zur Durchführung des Sachverständigengutachtens notwendig seien, stellte der Vorsitzende am Schluß der Geschäftsordnungsdebatte fest, daß der Ausschuß der früheren Meinung der Redner entsprechend vor allem die dringliche Frage der Beamtenbesoldung und Personalabbauverordnung verhandeln werde. Zu dieser These führte alsdann Reichsfinanzminister Dr. Luther aus, daß die Beschäftigung der konkreten Abänderungsvorschläge gegenüber dem was Rechtens sei, am besten zunächst dem kleinen Spezialausschuß überlassen bleiben müßte. Vor der Hand müßte erst eine Fühlungnahme darüber stattfinden, wie die Parteien sich im einzelnen zu der Beamtenbesoldungsverordnung stellen. Er sagte, er hoffe, daß in absehbarer Zukunft ein bestimmter Zeitpunkt bezeichnet werden könne, an dem auf die in der Personalabbauverordnung enthaltenen Vollmachten zum größten Teil verzichtet werden könne. Er erinnerte ferner daran, daß die Reichsregierung bereits im alten Reichstag eine Erklärung abgegeben habe, daß bei einer Besserung der allgemeinen finanziellen Lage des Reiches zu erwägen sei, in welchem Umfange von den Pensionskürzungsbestimmungen Abstand genommen werden kann.

Nach Schluß der Debatte wurde ein Unterausschuß gebildet, der am nächsten Montag abend zusammentreten soll.

Die Personalverhältnisse bei der Gesellschaft Deutsche Reichsbahn.

Berlin, 24. Juni. (Drahtb.) Einer Korrespondenzmeldung wird dem Reichstag dieser Tage der Gesetzentwurf über die Regelung der Personalverhältnisse werden,danach durch Gesetz wieder durch die von der Gesellschaft zu erlassende Personalordnung geregelt. Die Reichsbahnbeamten sind auf Lebenszeit angestellt. Besoldung, Wartegeld, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung regelt die Personalordnung, desgleichen Urlaub und Arbeitszeit. Die Reichsbahnbeamten haben zur Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Gesellschaft die gleichen gesetzlichen Rechte und Pflichten wie die deutschen Beamten gegenüber der Reichsverwaltung. Die Gesellschaft übernimmt die im Dienste der deutschen Reichsbahn vorhandenen Angestellten und Arbeiter mit den gleichen Rechten und Pflichten. Den Reichsbahnbeamten werden Besoldung, Wartegeld, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gewährleistet, wie die diese als Reichsbeamte hatten.

Sieg der christlichen Eltern in den Berliner Elternbeiratswahlen.

WTB **Berlin**, 24. Juni. Nach den Blättern liegen bisher folgende Resultate der Elternbeiratswahlen in den Großberliner Gemeindeschulen vor: christliche unpolitische Liste 3534, soziale Liste (Schulaufbau) 772, Kommunistische Liste 107, Lehrervereinsliste 1. In den höheren Schulen wurde mit wenigen Ausnahmen nur eine christliche unpolitische Liste aufgestellt.

Das Begrüßungstelegramm des Reichspräsidenten an die deutsche Presse.

Der **Reichspräsident** hat an die Hauptversammlung des **Reichsverbandes der deutschen Presse** folgendes Telegramm gerichtet:

„Der Delegiertenversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse übermittle ich mit herzlichen Grüßen meine besten Wünsche für den Verlauf ihrer wichtigen Lebensfragen der Presse und ihrer Mitarbeiter dienenden Beratungen. Möge Ihre Tgaung nach den schweren Nöten, die das deutsche Zeitungswesen und die deutschen Journalisten überstehen mußten, dazu beitragen, unsere Presse ihrer hohen Bedeutung für Kultur, Politik und Wirtschaft entsprechend wieder zu festigen und auszubauen, und möge Ihre Versammlung in der Hauptstadt Ostpreußens ein Wahrzeichen der engen Lebensgemeinschaft dieses Landes mit dem übrigen Reiche sein.

Die Verurteilung der Einbrecher in Fürstengräber.

() **Berlin**, 24. Juni. In dem Prozeß gegen die Räuberbande, die planmäßig Fürstengräber beraubte und u. a. die Fürstengruft in Weimar und die Grabstätte Moltkes heimsuchte, wurden die vier Angeklagten zu Zuchthausstrafen von 5 bis 8 Jahren verurteilt. Das Gericht begründete die hohe Strafe mit der Bestialität der Verurteilten.

Der Stettiner Prozeß.

() **Stettin**, 21. Juni. Heute wird zunächst **Fräulein Gabriel** vernommen, eine Freundin des von den Belgiern verurteilten Schupobeamten Grabert. Nach der Schilderung der Zeugin sei Grabert nicht als Mitschuldiger anzusehen, da sie mit ihm in der Zeit von 11,20 Uhr bis 12dreiviertel Uhr zusammen war. Nach dem Verhör sagte einer der Belgier zu ihr unter Bedrohung mit der Waffe, was sie da gesagt habe, werde sie sehr bereuen. Die Zeugin ist aber später zu der Hauptverhandlung in Aachen nicht geladen worden. Die dann vernommenen Eltern der Zeugin Gabriel bestätigen im allgemeinen die Schilderung ihrer Tochter. Auch zwei weitere Zeugen können bekunden, daß Grabert an dem Abend mit Fräulein Gabriel zusammengetroffen war. Auf eine Zwischenfrage erklärt **Hauptmann Harder**, daß Grabert Gelegenheit gehabt hätte, zu entfliehen. Es wurden noch einige Zeugen vernommen, die, soweit sie verhaftet waren, die Schilderung ihrer Kameraden von der Art der Zeugenvernehmung durch die Belgier bestätigen. Der Schupobeamte **Möricke** bestätigte, daß er am Nachmittag vor der Erschießung des belgischen Oberleutnants an der Pollmannsecke mit Grabert zusammen war. Zeuge kann aber nicht sagen, ob die Angeklagten an Grabert herangetreten seien und ihn über den Fall Chimlewski befragt hätten.

Die Zeugenvernehmung.

WTB **Stettin**, 23. Juni. (Drahtb.) Als erster Zeuge wird Barischeck vernommen. Er wird aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Gegen ihn schwebt ein Verfahren wegen Landesverrats. Er war seinerzeit in Hamborn bei der Schupo unter dem Namen Erbe eingetreten und leistete den Franzosen Spionagedienste. Der Zeuge bittet zunächst, die Oeffentlichkeit auszuschließen, da seine Angaben für ihn persönlich nicht ungefährlich seien. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß die Oeffentlichkeit nicht ausgeschlossen werden könne, wenn die Staatssicherheit gefährdet werde. Der Generalstaatsanwalt widerspricht dem Ausschluß der Oeffentlichkeit, da das Gericht ein großes Interesse daran habe, daß gerade dieser Prozeß vor der breiten Oeffentlichkeit verhandelt werde. Der Zeuge erklärt, daß er im Juni 1923 mehrmals Gelegenheit hatte, auf ein französisches Büro zu kommen, wo er Akten in der Mordsache Graff fand. Interessiert nahm er einen Band in die Hand, wobei ihm ein Brief in die Hände fiel, der die Unterschrift von Max Laptes trug. In diesem wurde angegeben, daß Reinhardt am Mordtage nicht bei der Familie des Majors Mook gewesen sein könne, sondern bei Riebke im Kaffee Heckmann war. Ferner fand der Zeuge in den Akten einen zweiten Brief mit der Unterschrift Max Lehmann. Ihm sei ein Bild Laptes beigefügt gewesen. Er nahm das Aktenstück mit in das Hotel und überseptte an Hand des französischen Wörterbuches das französische Protokoll. Die Beschreibung, die der Zeuge von dem Bild gibt, stimmte tatsächlich mit demjenigen des Leutnants überein, der früher bei der Hamborner Schupo war und mit Leutnant Reinhardt intim befreundet war.

Ausland.

Cumming in den Vereinigten Staaten.

WTB **Tereddo** (Texas), 24. Juni. Der bisherige englische Geschäftsträger in Mexiko Cumming ist in den Vereinigten Staaten eingetroffen.

Zwischenfälle auf der internationalen Arbeitskonferenz.

WTB **Genf**, 23. Juni. (Drahtb.) Die Entsendung des Generalsekretärs der italienischen faszistischen Gewerkschaftsorganisation, Rossini, als Vertreter der italienischen Arbeiter, die bereits im vorigen Jahre zu lebhaften Zwischenfällen auf der internationalen Arbeitskonferenz geführt hatte, weil die Arbeitnehmergruppen seine Organisation nicht als reine Arbeiterorganisation gelten lassen wollten, führte auch diesmal auf der Arbeitskonferenz zu ernsten Konflikten. Bei der Wahl der Mitglieder der einzelnen Ausschüsse erklärten die Arbeitnehmergruppen, den italienischen Arbeitnehmervertreter in keine der Kommissionen zu wählen. Auf Wunsch des italienischen Regierungsvertreters forderte die Vorschlagskommission, daß die Arbeitnehmergruppen heute nochmals zu dieser Frage Stellung nehmen. Nach neuen Beratungen verharrten die Arbeitnehmergruppen auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Es scheint, daß der Beschluß der Arbeitnehmergruppen durch den Fall Matteotti mit beeinflußt wurde.

Besserung im Befinden Dr. Seipels.

Berlin, 24. Juni. (Drahtb.) In dem Befinden des Bundeskanzlers Dr. Seipel ist, wie die Blätter aus Wien melden, eine solche Besserung eingetreten daß ihm die Aerzte erlaubten, für kurze Zeit das Bett zu verlassen. Auch erwägt man bereits, den Bundeskanzler aus dem Krankenhause einem Sanatorium zuzuführen.

Zusammenstöße der Pariser Kommunisten.

WTB **Paris**, 24. Juni. (Drahtb.)

In der **Vorstadt Pre Gervais** hielt die kommunistische Partei eine Protestversammlung gegen die Ermordung des italienischen Sozialisten Matteotti ab. Ein Teilnehmer, **ein talenscher Kommunist**, verschaffte sich bei dieser Gelegenheit **Zugang zum Dache des Bürgermeisterhauses, holte die Trikolore herunter und verbrannte sie auf der Straße.** Im Anschluß daran kam es zu **Zusammenstößen**, wobei **mehrere Polizeibeamte verletzt** wurden. Der **Italiener**, der die Flagge heruntergeholt hatte, und **10 andere Kommunisten**, unter ihnen ein weiterer Italiener, **wurden verhaftet, doch wurden nur die beiden Italiener in Haft behalten.**

Die Ermordung Matteotis.

Zugreifen des neuen Innenministers

() **Rom**, 23. Juni. Matteottis Leichnam ist weiter unauffindbar. Bei der Polizei laufen täglich Anzeigen ein, von denen man nicht weiß, ob sie Licht in die dunkle Affäre schaffen oder die Verwirrung noch vergrößern sollen. Zweifellos ist die Leiche zuerst am Ufer des Vicoses verscharrt worden, aber, nachdem die Tat ans Tageslicht gekommen ist, von Unbekannten anderswohin geschafft worden. Ein Zeichen des Eingreifens des neuen Ministers des Innern ist ein strenger Befehl an alle Polizeipräfekten, mit allen Mitteln die in den letzten Tagen so überaus stark einsetzende Sabotierung der Oppositionspresse durch die Faszisten in der Provinz zu verhindern. In Bologna, Florenz, Turin und anderen Städten suchten die oppositionellen Zeitungen aus den Wagen und vernichteten sie. In Neapel kam es infolgedessen zu schweren Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und den Faszisten.

Giovanni Verhaftet.

WTB **Rom**, 23. Juni. Infolge des von den Gerichtsbehörden erlassenen Haftbefehls verhaftete die Polizei Giovanni Marinetti, das ehemalige Mitglied des faszistischen Parteivorstandes unter der Beschuldigung, andere Personen dazu verleitet zu haben, Matteotti der persönlichen Freiheit zu berauben.

Rossi stellt sich der Polizei.

WTB **Rom**, 23. Juni. Rossi, der vormalige Chef des amtlichen Pressebüros, nach dem die Polizei fahndete, stellte sich heute nachmittag den Gerichtsbehörden.

Kirchliches

„" **Meggen**, 25. Juni. In den Tagen vom 12.—22. Juni wurde in unserer Pfarrgemeinde eine Volksmission abgehalten durch die H. H. Patres Pickarts, Bauer und Färber aus dem Redemptoristenkloster in Bochum. Es waren Tage der Gnade, Tage der geistigen Belehrung und Erbauung, unvergeßliche Tage für alle, die daran teilgenommen. Die Teilnahme war von Anfang an eine sehr eifrige. Schon am zweiten Tage mußten die für alle bestimmten Predigten doppelt gehalten werden, weil sonst unser Gotteshaus die Zuhörer nicht alle zu fassen vermochte. Selbst die Frühpredigt, die mit Rücksicht auf die tagsüber zur Arbeit gehenden Männer schon um fünf Uhr morgens angesetzt war, sies stets einen starken Besuch auf, trotz der großen damit verbundenen Opfer. Zur Sakramentsfeier am hl. Fronleichnamsfeste sowie zur Muttergottesfeier am nächsten Tage erfreuhalte Kirche und Altar in einem künstlerischen Schmucke von Kerzen und Blumen, der den fleißigen, damit beschäftigten Händen alle Ehre machte. Dank gebührt auch dem gut geleiteten Kirchenchor für seine treffliche Mitwirkung bei den Schlußfeiern am letzten Tage. Den Höhepunkt der ganzen Veranstaltung aber bedeutete die Generalkommunion am Morgen des letzten Tages, wo stundenlang Reihen von Männern und Frauen, jung und alt, zum Tische des Herrn schritten, um hier, vielleicht nach langer Zeit einmal wieder, die Wahrheit des Wortes zu fühlen, das als Motto über unserer hl. Mission stand: „Du hast uns, o Gott, für Dich erschaffen; und unser Herz ist unruhig, bis es ruht in Dir!"

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

☛ **Olpe**, 25. Juni. Gestern früh ereignete sich in der Nähe Attendorns auf der Straße nach Ewig ein Autounfall, der jedoch insofern folgenschwer wurde, als einem der Insassen nach einigen Stunden ein Bein amputiert werden mußte. An dem mit drei Personen und dem Fahrer besetzten Wagen platzte ein Luftreifen. Der Wagen geriet ins Schleudern und fuhr über den seichten Graben schräg an die ansteigende Böschung, wobei er sich langsam auf die Seite legte. Hierbei wurde die Windschutzscheibe zerdrückt. Die Glasscherben und Splitter verletzten das Bein des neben dem Fahrer sitzenden Syndikus des Arbeitgeberverbandes, Dr. Sion-Olpe so schwer, daß sich die Aerzte nach einigen Stunden zur Amputation entschließen mußten. Das Befinden des verunglückten Dr. Sion ist besonders wegen des großen Blutverlustes sehr ernst. In allen Kreisen der hiesigen Bevölkerung herrscht gegenüber dem Verunglückten aufrichtigste Teilnahme. Die anderen Insassen des Autos sowie auch der Fahrer kamen ohne jegliche Verletzung davon.

!! **Olpe**, 25. Juni. **Einreise nach England.** Die Industrie- und Handelskammer teilt uns mit, daß das Einreisevisum nach England jetzt ohne jede Schwierigkeiten erhältlich ist. Es sind nur erforderlich der deutsche Reisepaß und ein deutsches polizeiliches Führungszeugnis. Das Visum wird von dem Britischen Konsulat in Elberfeld, Königstraße 76 erteilt.

)(**Olpe**, 25. Juni. **Liliput in Olpe.** Ueber die heute morgen stattfindenden Vorstellungen welche die Liliputanerschar im Saale des Gasthofs zum Schwanen veranstalten, lesen wir in einer auswärtigen Zeitung: Ueber Scheuers Liliputaner, die in Gera ihr erfolgreiches Gastspiel beendeten, können wir berichten: „Man merkte es schon der äußeren Leistung an, daß wir es mit einem Großstadtunternehmen zu tun hatten. Schon die Kindermärchen-Vorstellung am Nachmittag zeigte eine erstklassige künstlerische Darbietung von hohem erzieherischen Wert. Die Abendvorstellung war ein großzügig angelegtes Großstadt-Programm. Wie reizend wirkte Meißner Porzellan, dargestellt von der kleinsten Dame. Der Lumpen-Malakt des Herrn Timm und Frl. Aida brachte verschiedene Ueberraschungen. Das Potpourri der Liliputaner, wo 4 Paare im Gesang und Tanz sich bewegten, war eine ganz vorzügliche Leistung, ebenso die Tanz-Fantasien, getanzt von zwei Künstlerinnen. Die übrigen Darbietungen werden ähnlich beurteilt. Aus einer anderen Zeitung: An diesen Hinweis der uns noch eine kurze Betrachtung erlaubt über die gestrige Kindervorstellung. Wer seinen Kindern in dieser ernsten Zeit eine wirkliche Freude machen will, der gebe ihnen so schwer es ihm fallen mag, die paar Groschen oder gehe selbst mit um sich an der Freude seiner Kinder zu ergötzen. Denn die kleinen Künstler spielen so natürlich, daß die Kinderherzen dabei aufgehen. Gestern nachmittag in der Märchenvorstellung „Schneewittchen" konnte man sogar die kleinen Zuschauer mitspielen sehen. Als die garstige Hexe an der Tür zum Zimmer Schneewittchens klopfte, schrieen auf einmal die Kinder: „Laßt sie nicht herein," und als sie dann von der Hexe vergiftet dalag, da füllten sich manche Aeuglein mit Tränen, die natürlich sofort wieder lachten, wenn getanzt und gescherzt wurde. Wir können unsern Kindern wenig bieten, aber diese Freude sollten wir ihnen doch machen. Wie marchmal geben wir ihnen Geld für allerhand Kitsch. Hier aber wird ihnen etwas wirklich Gutes geboten. Auch die Ausstattung und Bühnendekoration verrät Geschmack.

(:) **Attendorn**, 24. Juni. Vor Eintritt in die Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Schriftführer, Stadtsekretär Dröge vom Bürgermeister durch Handschlag für sein Amt verpflichtet. Es wurde beschlossen durch die Baukommission eine Besichtigung des Gymnasialgebäudes vorzunehmen, ob nicht mehr Räume gewonnen werden können. Für einen Jahresbericht des Gymnasiums anläßlich des Jubiläumsjahres 1925. wurden die Kosten bis zum Betrage von 500 M. bewilligt. Kollegium hat das gegen die Versetzung des Malschinisten Schröder in den Ruhestand zum 1. Juli 1924 nichts einzuwenden. Einem Vertrage zwischen der Stadt und dem Forstfiskus betr. Eintausch von Grundstücken zur Errichtung einer Oberförsterei in Attendorn am Hohlen Weg vom 3. Juni 1924 zwischen dem Magistrat und dem Preuß. Forstfiskus wurde zugestimmt. Es wurden gewählt: a) zur Schuldeputation die bisherigen Mitglieder Kalbfleisch und Biergans. b) zum Schulausschuß des Gymnasiums: Kalbfleisch, Keimer, Robert Scherer. Auf Antrag Rob. Scherer wird beschlossen, die Schuldeputation zu vergrößern und zwar soll die Zahl der nach § 44 des V. U. G. bestimmten Mitglieder auf je 3 erhöht werden. Stadtverordneter wird hinzugewählt: Hubert Schulte, als des Erziehungs- und Volksschulwesens kundigen Personen: Rektor Schäfer, Lehrer Teigler, W. Sohler. Es wurden gewählt zur Wege- und Baukommission: Biergans, Bockelkamp, Keimer, Willy Scherer, Stinn, Loos. Zur Wohnungskommission: Jos. Mayworm, Stinn, Springob, Keimer, Karl Kniep, Franz Kronenberg. Zur Finanzkommission: Pickert, Mayworm, Schulte Hub., Zanders Joh., Scherer Willy, Kalbfleisch, Ursell Karl. Zur Elektrizitäts- und Wasserwerkskommission: Scherer Willy, Biergans, Prentler, Scherer Rob., Stinn, zur Forstkommission: Keimer, Scherer Rob., Pickert, Schulte, Bicher, Zeissing, Biergans, Springob, Beitke Herm. zum Ortsausschuß für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene: Wessing, Zanders Joh., Mayworm Joseph. Zur weiteren Ergänzung des Ausschusses sollen die Kriegsbeschädigten bezw. Kriegshinterbliebenen-Organisationen Vorschläge machen. Zum Kuratorium der kaufmännischen Berufsschule: Ursell Karl, Schulte Hubert, Wessing Wilhelm. Zum Kuratorium der gewerblichen Berufsschule: Mayworm Joseph, Beul August, Schulte Hubert. (Die Wahl des Ortsausschusses für Jugendpflege soll in nächster Sitzung vorgenommen werd.)

Als Wahltag und Zeit für die Magistratswahl wurde Freitag, der 4. Juli 1924, abends Geinhalb Uhr und als Wahllokal das Stadtverordnetensitzungszimmer bestimmt. Als Wahlvorstand wird der Stadtverordnetenvorsteher Kalbfleisch, als dessen Stellvertreter Stadtv. Keimer gewählt. Die Wahlvorschläge sollen bis Freitag, 4. Juli, mittags 12 Uhr auf dem Bürgermeisteramt abgegeben werden. Den Wahlvorschlägen ist die Zustimmungserklärung der Bewerber beizufügen. Als Beisitzer zum Wahlvorstand werden bestimmt: Stadtv. Rob. Scherer, Joseph Mayworm. Stellvertreter: Aug. Bicher, Ferd. Springob. Die Wahlvorschläge sollen mindestens 3 Unterschriften der Wahlberechtigten tragen Der Schriftführer wird vom Wahlvorstand ernannt. Der Wahlvorstand prüft die Wahlvorschläge und gibt sie am Wahltage um 6 Uhr, soweit sie zugelassen sind, bekannt.

Provinzielles

Wieder 3 Brände im oberbergischen Lande.

Gmmersbach, 24. Juni. Kaum ein Tag vergeht, ohne daß im hiesigen Bezirk Feuersignale ertönen. Fast jede Nacht flackert an mehreren Stellen die alles verzehrende gierige Flamme auf.

In Strombach

brannte es in der Nacht vom Samstag auf Sonntag im alten Wohnhause des Lehrers Heyn. Gegen 1.30 Uhr nachts wurde das in der Speicherkammer schlafende Dienstmädchen durch das Geräusch von Feuerknistern geweckt. Als es aus dem Bette sprang, fielen schon brennende Teile der Decke herab. Nur mit dem Hemd bekleidet lief das Mädchen herunter, weckte die Herrschaft und schlug auf der Straße und beim Brandmeister Alarm. In lobenswert schneller Bereitschaft waren sofort die ganzen Nachbarn wie die freiw. Feuerwehr Hanfgarten am Rettungswerk. Innerhalb von 10 Minuten war das ganze große Haus, in dem Heyn sen. und jun. wohnten, ausgeräumt. Gleich hinter den letzten Rettern fielen aber auch schon die Decken ein. Der Brand, dem das ganze Gebäude, mit Ausnahme der Kellergewölbe, zum Opfer fiel, dauerte nur eine halbe Stunde. Bedauernswert ist es, daß das tapfere Dienstmädchen aus seiner Kammer nur das nackte Leben und das Hemd auf dem Leibe retten konnte. Glücklicherweise konnte ein Umsichgreifen des Feuers verhindert werden.

In Strombach hat es seit 24 Jahren nicht mehr gebrannt. Auch diesesmal handelt es sich, wie auch bei dem Brande vor einigen Nächten, über den wir berichteten, **zweifellos um Brandstiftung.** Das ganze Dorf ist in **begreiflicher Aufregung.** Gerüchte tollster Art werden laut.

Das Opfer dieses Feuers, ein Gebäude, das mit seinem Turm, seiner behäbigen Bauart ein Wahrzeichen und ein Schmuck der ganzen Gegend bedeutet, wäre in 3 Jahren 100 Jahre alt gewesen.

In Müllenbach

kam es in dieser Nacht auf die bekannte geheimnisvolle Weise zu einem Brand, der glücklicherweise noch **rechtzeitig gelöscht** werden konnte. Als zwei junge Burschen gegen 11 Uhr am Hause des Gustav Linden vorbeikamen, sahen sie aus dem Dach dichter Qualm aufsteigen. Auf dem Heuboden der ehemaligen alten Müllenbacher Schule hatte das Feuer begonnen, das aber durch das rasche tatkräftige Eingreifen der Nachbarn im Anfangsstadium erstickt werden konnte. Der Dachstuhl ist weiter nicht beschädigt.

In Derschlag

brach in der vergangenen Sonntag- und Montagnacht gegen 2 Uhr Feuer auf dem Speicher des Invaliden W. Brügger aus. Die Feuerwehr war sofort zur Stelle und konnte das Feuer auf seinen Herd beschränken. Nur ein Teil des Speicherbodens ward ein Raub der Flammen; der Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, beläuft sich auf nicht ganz 1000 Mark. Selbstentzündung oder etwas ähnliches ist ausgeschlossen.

Ueberall bemerkt man dieselben Zeichen: ein scharfer Knall läßt sich stets bei dem Ausbruch des Feuers hören (man schließt wohl mit Grund auf eine gewisse Art von **Feuerpatronen**), das Feuer bricht

stets an Stellen, die **leicht brennen, aus:** im Lagerschuppen, im Stroh, auf dem Speicher, im Fachwerk.

Die Ansicht der **Kriminalpolizei** wie auch die Meinung der Bevölkerung geht dahin, daß es sich um eine organisierte **Brandstifterbande** handelt. Die Unruhe der Leute ist **begreiflicherweise** allerorts auf dem höchsten Grad der Steigerung angelangt. In Stromdach hat man einen ausgedehnten **Brandselbstschutz** gebildet, der allnächtlich Wachen hält.

Die Verhaftung eines in der Nacht auf Samstag aus dem Siegburger Gefängnis entsprungenen **Sträflings** durch einen hiesigen Oberwachtmeister hat zu Gerüchten, man sei den Brandstiftern auf der Spur und sie wären zum Teil schon ermittelt, Anlaß gegeben. Solche Nachrichten sind falsch.

WTB **Bochum**, 23. Juni. Die Kriminalpolizei **verhaftete die beiden Raubgesellen**, die vor einigen Monaten bei Haltern einen Raub auf den Lohngeldtransport einer Sprengstoffabrik ausgeführt haben, bei dem durch Schüsse eine Person getötet und eine weitere schwer verletzt worden war. Außerdem wurden mehrere Personen festgenommen, die den Verbrechern Unterkunft gewährt hatten, um sie vor der Verfolgung zu sichern.

* **Neheim-Hüsten**, 23. Juni. Hier brannte nachts auf Freitag um 12.30 Uhr auf dem Totenberg das Wennersche Haus. Hohe Flammen schlugen aus dem Dachstuhl und wild griff das Feuer um sich, so daß bald der ganze Dachstuhl in Flammen war. Hilfsbereite, beherzte Nachbarn halfen den Bewohnern, ihr Mobiliar herauszubringen. Schneller als man glaubte, war die Feuerwehr zur Stelle, und der zielbewußten Arbeit gelang es, das Feuer auf den Dachstuhl und den dritten Stock des Hauses zu beschränken. Das Mobiliar wurde größtenteils in Sicherheit gebracht. Den größten Teil an Mobiliar dürften freilich die Bewohner des dritten Stockes verloren haben, da es beim schnellen Umsichgreifen des Feuers nicht mehr möglich war, alles in Sicherheit zu bringen. Gegen 3 Uhr war das Feuer gelöscht und die Gefahr für den bisher verschont gebliebenen Teil des Hauses war vorüber.

WTB **Ohligs**, 23. Juni. Dieser Tage rannten zwei Motorradfahrer bei dem Versuch, in die Toreinfahrt der Firma Schlittenberger einzubiegen, gegen den Lastwagen. Beide Fahrer wurden schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

WTB **Mainz**, 19. Juni: Am Binger Schlag wurde ein 67jähriger Bildhauer von einem Personenauto erfaßt und ein Stück mitgeschleift. Der Verletzte starb auf dem Wege zum Krankenhause.

WTB **Heldorf**, 18. Juni. Die erste **Stadtverordnetenversammlung wurde durch die Kommunisten beschlußunfähig** gemacht, die den Saal verließen, weil der Ausgang von der Polizei besetzt war.

WTB **Wiesbaden**, 18. Juni. Vor dem Schöffengericht hatte sich ein hiesiger Telegraphenarbeiter zu verantworten, der Anfang des Jahres in gewissen Stadtvierteln sein Unwesen als Wegelagerer getrieben, alleingehende Damen überfallen, mißhandelt, am Schreien verhindert, mit dem Messer bedroht oder verletzt und beraubt hatte. Er wurde zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust unter Verweigerung mildernder Umstände verurteilt.

Wirtschaftliches.

Westfälische Großhandelspreise.

WTB **Münster**, 24. Juni. Preise in 50 Kg. in Originalpackung ab Lager des Großhandlers in Münster i. Westf.

Gerstengraupen 16einhalb, Haferflocken 15, Kochstärke 26, Roggenmehl 12einviertel, Weizengries gestrichen, Hartgries 22, Weizenmehl 13dreiviertel, Auszugmehl 15, Victoriaerbsen 15einhalb, Grüne Erbsen 13, Bohnen weiß 19einhalb, Linsen 35, Rüböl 43, Salatöl 59, Deutsch. Persiago 27, Makkaroni 38, Schnittnudeln 20, Burmareis 16, Siamreis 25, Grober Bruchreis 13einhalb, Ringäpfel 79, Pflaumen 28, Korinthen 62, Rosinen 56, Sultaninen 66 bis 70, Santos Kaffee 1 190, dto. 2 180, Feinblauer Kaffee 225—250, Malzkaffee Kathr. usw. 24—34einhalb, Kornkaffee Seelig usw. 24—34einhalb, Erfatzmischung 20 Prozent Kaffee 65, Kakaopulver Konsumware 100, Tee in Kisten 380—410, Inlandzucker 34, dto. Raffinade 36, Kunsthonig gestrichen, Marmelade 1 50, dto. Vierfrucht 40, Siedesalz in Säcken 4,50, Steinsalz in Säcken 3,00, Schmalz Purelard 65, Margarine handelsüblich 54, dto. Spezialmarke 75, Corned Beef p. Kiste 29, Speck gesalzen 59, Holländer vollfett gestrichen, dto. halbfett gestrichen, Norw. Heringe 7-800 je Tonne 23einhalb, dto. Emdener 750—850 gestrichen. Zündhölzer 100 Pak. 19einhalb. Papiermarkpreise gleich Rentenmark.

Deutsche Turnerschaft.

Samstag nachmittag fanden auf dem alten Spielplatz in der Wüste die Meisterschaftskämpfe des 7. Bezirks Märk. Turngau in den volkstümlichen Uebungen statt, wobei recht gute Resultate erzielt wurden.

Bezirksmeister im Stabhochsprung wurde mit 2,80 Meter Voßhagen, Heinrich, Turnverein Drolshagen. Bezirksmeister im 33eindrittel Pfd. Steinstoßen mit 6,50 Meter Ohm Heinrich, Turnverein Olpe. Bezirksmeister im 15 Pfd. Kugelstoßen 10,25 Meter Ohm Heinrich, Turnverein Olpe. Bezirksmeister im Speerwurf mit 41,10 Meter Ohm Heinrich, Turnverein Olpe. Bezirksmeister im Weitsprung mit 4,95 Meter Ohm Heinrich, Turnverein Olpe. Bezirksmeister im 100 Meter-Lauf in 11vierfünftel Sekunde Heller Franz, Turnverein Olpe. Bezirksmeister im 200 Meter-Lauf in 25einfünftel Sekunde, Groß Karl Ludwig, Turnverein Olpe. Bezirksmeister im 400 Meter-Lauf in 56dreifünftel Sekunde, Heller Franz, Turnverein Olpe. Bezirksmeister im 800 Meter-Lauf in 2 Minuten 16 Sekunden, Hochstein Robert, Turnverein Olpe. Auf den Gaumeisterschaftskämpfen am 6. Juli in Hagen wird der Bezirk durch 10 Turner aus den Turnvereinen Drolshagen und Olpe vertreten sein.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe. Verantwortlich für die Gesamtredaktion Dr. phil Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion: J. V. Krauß, Berlin-Schöneberg; für den Reklamen- u. Anzeigenteil: Ed. Ruegenberg, Olpe

St. Sebastianus-Schützen-Verein in Olpe e. V.

Unser diesjähriges

Schützenfest

wird

am 12., 13. und 14. Juli

in herkömmlicher Weise gefeiert.

Die Musik wird ausgeführt von dem

Musikkorps des 3. Batl. Inf.-Regts. 18 aus Bückeburg unter Leitung des Herrn Ober-Musikmeisters Möller.

Olpe. **Der Vorstand.**

(†)2093)

Die bisher noch nicht bearbeiteten

Grundstücke in der Lindenhardt

sollen anderweitig verpachtet werden. Reflektanten wollen sich melden beim (†)2136)

Kirchenvorstand.

Der Telefunkenteufel

Neu! Ein Radioroman! Neu!

von Otfrid v. Hanstein.

Preis geb. 3,— G.M., broschiert 2,— G.M.

Ruegenberg'sche Buchhandlung — Olpe

Bahnhofstrasse.

Wir vergüten für

Spareinlagen

auf wertbeständiger Dollargrundlage:

a. bei täglicher Kündigung 16 pCt. pro Jahr,
b. bei 15tägiger Kündigung 20 pCt. pro Jahr,
c. bei längerer Kündigung höhere Sätze nach Vereinbarung.

Städt. Sparkasse Olpe
Amtssparkasse Bilstein
„ Drolshagen
„ Kirchhundem
„ Serkenrode
zu Finnentrop.

w167

Statt Karten.

Albert Rogge
Luise Rogge
geb. Thonneick
VERMAHLTE

Köln Neusserstr. 229 — **Waldniel** Niederrhein

29. Juni 1924.

(†)2141)

Fichtenstangen!

Spitzenknüppel, 125 × 5/8 cm ∅ dauernd gegen Kassa zu kaufen gesucht. w111

H. u. A. Hanses, Holzgeschäft, Räsperwerk b. Oberhundem i W.

Wiesenpacht.

Unsere hinter der Fabrik in Rothemühle gelegenen Wiesen werden am Samstag, dem 28. ds. Mts., morgens 10½ Uhr öffentlich meistbietend verpachtet. (†)2143,

Rud. Bergfeld,
Röhren- & Metallwerk G. m. b. H.,
Rothemühle.

Zu kaufen gesucht:

10 Waggon Brennholz,
1—1,30 m lg. Ferner monatlich
300 fm Nadelholzstempel

für Ruhrzechen oder hierzu geeignete Bestände. Angebote mit äußerstem Preise sind zu richten an die Geschäftsstelle dieser Zeitung. [w181]

Zentrifugen



in allen Größen von 45—150 Liter mit besonderem Vorteil und zwar ½jährliche Oelung kauft man in guter Ausführung sehr preiswert, auch auf Teilzahlung, bei w234

K. Becker, Olpe
Westfälischestr. 80.
Telefon 234.



Bienenwohnungen, Bienenzucht-Geräte, Schleudermaschinen.

Gebrüder Clemens : : Olpe,
Martinstr. 18. w153

Platina, Gold u. Silber,

alle Gegenstände aus diesen Metallen, wenn auch zerbrochen oder beschädigt, kauft zu höchstem Tageskurs

Otto Scherer, Attendorn,
Wassertor 10.

752)

Ca. 3000 Centner

Ia. Eichenrinde

zur sofortigen Lieferung frei Waggon gegen Kassa oder Leder zu kaufen gesucht.

Schriftl. Ang. m. Preisangabe unter Nr. w179 an die Geschäftsst. dss. Bls.



Frau Schnatterich

Ausschneiden und aufbewahren! Es folgt ein Preisausschreiben!

9.

Beim Geschäfts-Jubiläum in Groß-Salze hat Frau Schnatterich während des Tanzes mit Herrn Piepenblase verschiedene Blessuren durch dessen Plurschadenfüße davongetragen und hat sich vorgenommen, nie wieder mit einem Valutaproleten zu verkehren. Nachdem sie sich notdürftig erholt hat (da sie fleißig Kukirol-Fußbäder anwandte, ging das sehr schnell), beschließt sie eine Erholungsreise in ihrer 120pferdigen, zweistöckigen, sechsräderigen, mit allem Komfort der Neuzeit ausgestatteten Riesen-Zentralheizungs-Radio-Wintergarten-Limousine. Der Erfindung eines durch fleißiges Zementschmieren soeben von einer Gehirnerweichung geheilten Kokainisten. Sie hat einen tüchtigen Vorrat Kukirol-Hühneraugen-Pflaster und Kukirol-Fußbad im Auto verstauen, denn, so erklärt sie ihrer Gesellschafterin, Alles, was Kukirol heißt, ist Qualitätsware. Sanitätsrat Dr. med. Campe's Kukirol-Fußbad ist ein Stärkungsmittel für schwache, schmerzende, brennende und anschwellende Füße, es erhält aber außerdem die Haut gesund und normal, verhütet Wundlaufen und die übermäßige Schweißabsonderung und den damit verbundenen ekelhaften Geruch. Ein vierteistündiges Kukirol-Fußbad und Sie können alle abgestorbenen (verhornten) Hautschichten der Fußsohle einfach abschaben. Sie werden erstaunt sein, wieviel dieser toten Haut Sie mit sich herumtragen und wie leichtfüßig Sie dann gehen werden. Für Leute, die viel gehen und stehen müssen, ist das Kukirol-Fußbad eine wahre Wohltat.

Das Kukirol-Hühneraugen-Pflaster beseitigt Hühneraugen, Hornhaut, Schwielen und Warzen ohne Schmerzen und ohne daß Entzündungen zu befürchten sind, wie bei der Anwendung minderwertiger Mittel. Weisen Sie andere Präparate entschieden zurück, denn manche Firmen ahmen heute schon unsere Packungen und Schutzmarke nach, um das Publikum zu täuschen. Nicht die Packung, sondern der Inhalt ist für Sie das Wichtigste. Bestehen Sie darauf, Kukirol zu erhalten, und lassen Sie sich nicht durch irgendwelche unwahren Behauptungen davon abbringen.

Wenn Sie Kukirol verlangen, so wissen Sie, was Sie haben, bei verschiedenen anderen Mitteln wissen Sie es nicht. Achten Sie darum auf den Namen Kukirol und die Schutzmarke „Hahn mit Fuß". Beide Präparate (Kukirol-Hühneraugen-Pflaster 75 Pfg. pro Schachtel, Kukirol-Fußbad 50 Pfg. pro Packung) sind in allen Apotheken und wirklichen Fachdrogerien vorrätig. Wo nicht zu haben, erfolgt Lieferung gegen spesenfreie Nachnahme direkt ab Fabrik.

Wichtig! Verlangen Sie die aufklärende und lehrreiche Broschüre „Die richtige Fußpflege", die wir jedem Interessenten kostenlos und portofrei zusenden. Unsere, unter der Leitung eines alten, erfahrenen Arztes stehende Wissenschaftliche Abteilung erteilt gegen Einsendung von Rückporto kostenlos Rat und Auskunft über Alles, was Fußpflege und Fußleiden betrifft.

Kukirol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg.

Steinbrache

Ia., lautsagend, zu kaufen gesucht. (†)2131

Angebote an

Adolf Weyland,
Becke bei Lautenbach

Kautschukstempel und Emailleschilder

liefern wir in jeder Größe schnellstens.

Gebrüder Clemens,
Olpe, Martinstraße.

Drucksachen

für Handel und Gewerbe

in geschmackvoller Ausführung liefert schnell u. preiswert

Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg
Olpe i. Westfalen.

Noch niemals

haben Auge und Ohr in einem so reinen Freudeempfinden gestanden wie bei den Aufführungen der Liliputaner.

Zum Schwanen.

Lustspiel- und Operetten-Abend.

Mittwoch, den 25. Juni, abends 8½ Uhr:

Zwangseinquartierung.

Donnerstag, den 26. Juni, 4½ Uhr nachm.:

Schneewittchen und die 7 Zwerge.

4 Akte (7 Bilder).

Dargest. mit richtigen Zwergen.

Abends 8½ Uhr Letzte Vorstellung mit neuem Programmm. — 1. und 2. Teil

Bunte Bühne,

hierauf: **Eine spanische Fliege.**

Sterne erster Größen sind hier zu einem Programm vereint, welches den Zuschauer von Anfang bis Ende fesselt.

Vorverkaufskarten: Zigarrengeschäft Frerichmann. Zu den Abendvorstellungen haben schulpflichtige Kinder keinen Zutritt. (†)2135.

3 Herren finden bürgerlichen

Mittagstisch

Zu erfr. in der Geschäftsst. d. Bl. (†)2142

Für 10 Mann guten

Mittagstisch,

Preis 70 Pfg.

Zu erfragen in der Geschäftst. d. Bls. (†)2137

Adler-Schreibmaschinen

sind wegen ihrer besonderen Stossstangen-Konstruktion die stabilsten und intolge der verschiedensten Modelle für jeden Zweck geeignet.

Vorführung unverbindlich!

Modell 7 mit zweifacher Umschaltung
Modell 15 mit einfacher Umschaltung
Kleiner Adler für kleinere Betriebe und Privatgebrauch

Louis Hees, Siegen i. Westf. Ruf 272.

Brave, opferfreudige Jünglinge jeden Berufes im Alter von 14—30 Jahren, die Neigung zum religiösen Stande haben und als **Laienbruder** am Werke der Glaubensverbreitung in unseren europäischen Niederlassungen oder in den überseeischen Missionsfeldern mitzuhelfen bereit sind, mögen sich wegen Aufnahme vertrauensvoll wenden an den Hochw. Herrn P. Provinzial der Pallottiner, Limburg (Lahn).